Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kulturkampf in Amerika

Herkunft geht vor Leistung

Nathan Glazer proklamierte schon vor drei Jahren: *«Ein wahrer Kulturkampf wütet gegenwärtig in den Vereinigten Staaten.»* Seiner Meinung haben sich seither andere Intellektuelle angeschlossen. Die Auseinandersetzungen, die sie als Kulturkampf empfinden, haben sich verschärft. Wie viele der Schulbezirke und der Hochschulen sie erfassen, kann in diesem riesigen Land nicht abgeschätzt werden.

Der Streit dreht sich heute vor allem um den «Eurozentrismus» im Unterricht vor allem der Literatur und Geschichte. Die Naturwissenschaften bleiben davon verschont, wie sie ja auch der Rebellion der Studenten in den sechziger Jahren fernblieben. Ein Beispiel für den Konflikt bietet das Schulsystem des Staates New York. Dieser hatte schon 1987 für das neunte und zehnte Schuljahr einen Plan aufgestellt, nach welchem in zwei Jahren sieben Kulturen behandelt werden; ein Vierteljahr wird der europäischen Kultur eingeräumt.

Europhobie

Ebenfalls 1987 berief der Kommissär für das Unterrichtswesen des Staates New York, *Thomas Sobol,* eine Kommission ein, welche ein Programm aufstellen sollte, das dem pluralistischen Charakter der amerikanischen Gesellschaft Rechnung tragen würde. Ein Rapport dieser Kommission wurde im Sommer 1989 veröffentlicht. Er geht mit dem «Eurozentrismus» scharf ins Gericht und beginnt mit der Feststellung: *«Afrikanisch-Amerikaner, Asiatisch-Amerikaner, Puertorikaner/Latinos und eingeborene Amerikaner waren alle die Opfer einer intellektuellen und erzieherischen Unterdrückung, welche die Kultur und die Institutionen der Vereinigten Staaten und der europäisch-amerikanischen Welt seit Jahrhunderten charakterisiert.»* Die Kommission schlägt die Einführung eines «Curriculum of Inclusion» vor, einen Unterrichtsplan, der nichteuropäischen Kulturen den gleichen Raum gewährt wie den europäischen. Ausgangspunkt ist die Idee, dass alle Kulturen gleichwertig seien. Nun sind jedoch die Geschichte der Vereinigten Staaten, die Sprache, das Recht von Europa abgeleitet, nicht von China, Indien oder Afrika.

Diane Ravitch, die viel Gescheites über das amerikanische Unterrichtswesen geschrieben hat, bezeichnet das Programm als «europhobisch». Es proponiert nämlich nicht eine durchaus wünschenswerte Erweiterung der Kenntnisse, sondern eine Schmälerung des Einflusses europäischer Kultur zugunsten von nichteuropäischen Kulturen. Das Programm sieht die Veränderungen als Nullsumme; was dem einen zugewendet wird, muss dem andern weggenommen werden.

Die Selbstachtung der Minderheiten

Ravitch und eine Anzahl prominentester Historiker haben ein «Committee of Scholars in Defense of History»

gegründet, das sich der Aufspaltung des Unterrichts nach ethnischen oder rassischen Kriterien widersetzt. Ravitch wirft dem Kommissionsbericht vor, er zeige kein Verständnis dafür, dass die Geschichte sich auf allgemein akzeptierte Massstäbe der Erkenntnis gründe, sondern fasse die Geschichte als eine Form der sozialen und psychologischen Therapie auf, welche die Selbstachtung der Kinder von Minderheitsgruppen steigern soll.

Das ist in der Tat die Auffassung einer beträchtlichen Zahl von Intellektuellen. Sie glauben, dass die Kinder aus den schwarzen und hispanischen Minderheiten deshalb im Unterricht weniger gut abschneiden, weil es ihnen an Selbstachtung fehlt. Diese könne ihnen durch das Studium präkolumbischer oder afrikanischer Kulturen übermittelt werden. Die westliche Tradition, so wird argumentiert, habe einen schädlichen Einfluss auf Kinder afrikanischer und hispanischer Herkunft; sie führe zu einer *«ego starvation»*. Warum werden die asiatischen Studenten davon nicht heimgesucht, die in den Schulen so gut vorankommen, dass Universitäten ihre Zahl zu beschränken suchen? Die «Ethnics», Forschungsgegenstand früherer Jahrzehnte, weil sie — vor allem etwa Polen oder Italiener — sich langsamer assimilierten als andere Gruppen, werden nicht mehr in Betracht gezogen; sie sind einfach Weisse, Europäer.

Western Culture got to go

Die Stanford University in Kalifornien verursachte einen ähnlichen Wirbel wie Thomas Sobols Erziehungsprogramm in New York. In Palo Alto erregte 1988 ein Umzug Aufsehen, an dessen Spitze Jesse Jackson, der ewige Bewerber um das Präsidentenamt, marschierte, und die Studenten im Chor riefen: *«Hey, hey, ho, ho, Western Culture got to go.»* Sie forderten die Abschaffung eines Kurses an der Universität, in dem seit 1980 die Lektüre von 15 Meisterwerken der Literatur obligatorisch erklärt waren, während achtzehn weitere Bücher zum Studium empfohlen wurden. Gegen diesen Kurs wurde von Schwarzen und Feministinnen eine Kampagne ausgelöst, die nach zwei Jahren Erfolg hatte. Die Manifestanten forderten eine stärkere Berücksichtigung der Werke von Frauen und von Minderheiten. In Wirklichkeit ging es um die Einführung eines neuen Wertsystems oder um die Betrachtung der Literatur ausschliesslich nach Gesichtspunkten der Rasse und des Geschlechts.

Prominente Persönlichkeiten widersetzten sich der Abschaffung von «Western Culture». *William J. Bennett,* damals Erziehungsminister in der Regierung Reagan, polemisierte gegen die *«Politik der Einschüchterung»* der Manifestanten. *Saul Bellow,* der mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Schriftsteller, erklärte, er kenne nicht *«den Tolstoi der Zulu, den Proust der Papuaner»*. *Allan Bloom* hatte sich schon vorher in seinem zum Bestseller gewordenen Buch «The Closing of the American Mind» gegen die Umwertung der Werte ausgesprochen. Diese drei wurden von den Befürwortern der Wandlung als *«the Killer B's»* abgetan und den gefährlichen Killer Bees gleichgesetzt, einer Kreuzung von afrikanischen und brasilianischen Bienen, die angeblich Menschen angreifen und töten. Zu den *«Killer B's»* wird auch, obwohl er keineswegs konservativ gesinnt ist, *E. D. Hirsch Jr.* gerechnet

wegen seines Buches «Cultural Literacy».

Aus der Agitation in Stanford kam schliesslich ein neuer Kurs heraus, der ab September 1989 auf dem Lehrplan steht und «Cultures, Ideas and Values» heisst. Nur noch sechs Bücher sind obligatorisch, die Bibel, Plato, Augustinus, Machiavelli, Rousseau und Marx. Nur Ausschnitte müssen studiert werden. Dazu kommen Empfehlungen zur Lektüre des Werks von Frauen und von Minderheiten. Dante, Voltaire und Freud werden weggelassen, John Locke durch Frantz Fanon ersetzt. Wer braucht das «Inferno», wenn man Toni Morrison hat?

Politische Hintergedanken

Die Gegner der Neuerungen werfen den Befürwortern vor, dass sie im Grunde eine politische Agenda auf dem Weg über die Beseitigung des «Eurozentrismus» durchsetzen wollten. Diese Vermutung ist nicht an den Haaren herbeigezogen; denn die linksorientierten Mitglieder der Fakultät vermochten zu verhindern, dass die Reagan Library, das Mausoleum mit den Staatspapieren, das sich die Präsidenten seit Harry Truman zu errichten pflegen, an die Stanford University kam, wo sich schon die Dokumente aus der Zeit befinden, als Ronald Reagan Gouverneur von Kalifornien war. Die Fakultät führt auch einen Kampf zur Unterwerfung der Hoover Institution, welche der Universität angegliedert ist.

Stanford steht auch in vorderster Reihe der Hochschulen, welche diejenigen bestrafen wollen, die Individuen auf der Grundlage von Rasse, Geschlecht, nationaler Herkunft oder sexueller Präferenz kennzeichnen oder beleidigen. Damit würde die freie Meinungsäusserung eingeschränkt; denn in einem Urteil des Obersten Bundesgerichts heisst es: *«Speech cannot be banned because it is offensive.»* Hingegen werden sogenannte «fighting words» nicht geschützt. Nach den Regel von Stanford wäre es erlaubt, jemanden als *«Honky son of a bitch»* (weissen Hundesohn) zu bezeichnen, aber nicht das Wort «Nigger» zu verwenden.

Randall Kennedy, Professor an der Harvard University, begründet den Ruf nach einer Einschränkung der Redefreiheit mit dem Argument: *«Es gibt einen Punkt, an dem eine Rede so weit entfernt* (ausgefallen) *ist, dass sie nicht mehr geduldet werden sollte.»* Harvard hat Richtlinien erlassen, nach welchen selbst die Störung von Vorträgen durch Zwischenrufe oder Singen, aber nicht ihre Verhinderung durch Drohung oder Anwendung von Gewalt erlaubt ist. Der Supreme Court hat die freie Meinungsäusserung extensiv ausgelegt und unter diesem Gesichtspunkt manche Massnahmen gegen Pornographie als verfassungswidrig aufgehoben.

In manchen Hochschulen setzt sich die Forderung nach einer Haltung durch, die als *«politically correct»* betrachtet wird. Das heisst in der Praxis, dass Vorzugsbehandlung von Minderheiten, Frauen und Homosexuellen (affirmative action, women's rights, gay rights) nicht angefochten werden darf. Unbeliebte Sprecher wie Caspar Weinberger (Verteidigungsminister unter Reagan), Jeane Kirkpatrick (UNO-Botschafterin), Linda Chavez (republikanische Kandidatin für den Senat) und Gertrude Himmelfarb (Professorin) sind an Hochschulen am Reden verhindert worden. Ein neuer Konformismus, versteckt unter Schlagwörtern wie

«Inclusion» oder Multikulturalismus, macht sich breit.

Abwertung der «Dwems»

In einem Dokument des *«American Council of Learned Societies»* heisst es: *«Sie* (die klassischen Texte) *sollen als unbewusster Ausdruck von Interessen und Vorurteilen der Klasse, der Rasse und des Geschlechts ihrer Autoren studiert werden. Diese Methode wird die Hegemonie der weissen, westlichen, männlichen Schriftsteller und Ideen umstürzen. Wissenschafter, welche diesen Weg, die Dinge zu betrachten, nicht akzeptieren, werden nicht als seriös betrachtet.»* Professoren sprechen verächtlich von *«Dwems»* (dead white European males), zu denen Sokrates und Shakespeare gerechnet werden müssen.

Gegen diese Geisteshaltung kämpft die «National Association of Scholars», die sich in Inseraten an ein weiteres Publikum wendet. Ihr Sprecher, *Alan C. Kors,* ruft pathetisch aus: *«Die Barbaren sind in unserer Mitte.»* Die Organisation bestreitet, dass ein «Kanon» von literarischen Werken bestehe, die durch irgendwelche hohe Autoritäten als Instrumente der Hegemonie ausgewählt worden sind und von dem Schriften von Schwarzen oder andern Minderheiten und von Frauen und Homosexuellen ausgeschlossen wären. Der «Kanon» wäre elitär. Wer *«empowerment»* — ein anderes Schlagwort — sucht, müsste ihn überwinden. *Gregory Ricks* beschuldigt die Universitäten Harvard und Dartmouth, die Wert auf ihre besondere Fortschrittlichkeit legen, sie begingen einen Völkermord an Minderheiten.

Meritokratie oder Minderheitenschutz

Berkeley, wo 1964 die Free Speech Bewegung begann, will einen nonkonformistischen Professor, den Anthropologen *Vincent Sarich,* mundtot machen. Dieser behauptet ketzerisch: *«Die hervorragende Stellung* (von Berkeley) *kann offenkundig nicht aufrechterhalten werden, wenn Rasse, Geschlecht, Ethnizität oder andere Faktoren die Leistung ersetzen dürfen.»* Vom Herbst 1991 an werden an dieser Universität nur noch vierzig, anstatt bisher sechzig, Prozent der Studenten auf Grund ihrer akademischen Leistungen aufgenommen. Die übrigen werden auf der Basis ihrer Rasse oder ihres Geschlechts zugelassen. Sarich behauptet, dass die Weissen und Asiaten auf dem Niveau des dritten College-Jahrgangs arbeiteten, die Schwarzen und Hispanics dagegen auf dem Niveau der zweitletzten Klasse der High School. Protestumzüge gegen Sarich werden seit Anfang November organisiert. Vielleicht wird er, wie Professoren an andern Universitäten, gezwungen werden, einen *«racial sensibility course»* zu besuchen . . .

«Afrozentrismus»

Befürworter einer Neuordung der Lehrpläne finden sich vor allem unter den Schwarzen, wo eine Minderheit die Einführung des «Afrozentrismus» fordert. In der gleichen Nummer der *«Washington Post»* (19. November 1990) finden sich zwei Titel über Artikel zu dem Thema: «Afrocentric Education would benefit all» und «Afrocentricity is no cause for alarm». «Afrozentrismus» ist die logische Folge der Einführung von gesonderten Abteilun-

gen für afrikanische Studien an ungefähr sechshundert Hochschulen in den siebziger Jahren. Die Zahl dieser Abteilungen ist seither um mehr als ein Drittel geschwunden. Wer einen akademischen Titel in afrikanischen Studien erwarb, der kann praktisch nur afrikanische Geschichte oder Literatur lehren. So wird die Geschichte umfrisiert, damit Afrika in den Mittelpunkt zu stehen kommt. Dort liegt, wie Grabungen zeigen, die Wiege der Menschheit. Die alten Ägypter, die Pyramidenbauer, waren Afrikaner. Ob sie Schwarze waren, bleibt umstritten. Die Ägypter entwickelten medizinische Kenntnisse, die dann von Hippokrates übernommen wurden. Die griechischen Philosophen entlehnten ihre Ideen von ägyptischen Priestern. Mathematik und Wissenschaften wurden im Schwarzen Afrika auf Höhepunkte gebracht. Afrikaner entdeckten Amerika Jahrhunderte oder Jahrtausende vor Kolumbus. Als Beweis dafür wird oft eine Olmekische Skulptur aus Mexiko mit negroiden Zügen erwähnt.

Diese Theorien wurden kürzlich an einer Tagung in Atlanta erörtert, wo *Leonard Jeffries Jr.* von der City University of New York und *Molefi Kete Asante* von der Temple University als Hauptsprecher auftraten. Beide sind Vorsitzende der Abteilung für afrikanische Studien an ihren Universitäten. Molefe Kete Asante hat seinen Namen reafrikanisiert, und er verlangt dies auch von den andern Schwarzen. Jeffries meint, «die Eisvölker» aus Europa hätten der Welt Unterdrückung, Zerstörung und Tod gebracht. Asante klagte: *«Es ist schwierig, frei zu schaffen, wenn man die Motive, Stile, Bilder und Perspektiven eines andern benützt.»* Schwarze sollten afrikanische Namen, Kleidung und Religion annehmen und sich nur von schwarzen Lehrern unterrichten lassen. Das heisst, sie sollten sich von der weissen Mehrheit trennen. Der lange Kampf um die Bürgerrechte wäre für nichts. Asante umgeht das Problem, dass es keine einheitliche afrikanische Kultur, Sprache oder Religion gibt. Das gilt auch für das präkolumbische Amerika.

Neuer Lehrstil

Der «Afrozentrismus» soll die Selbstachtung der Schwarzen fördern und damit auch ihre Schulleistungen, die zu wünschen übrig lassen. Deswegen sollte, so meinen Vertreter des «Afrozentrismus», auch ein anderer Lehrstil eingeführt werden; denn die Schwarzen seien *«relational»*, auf Personen bezogen, approximativ und nicht analytisch, präzis und auf Sachen ausgerichtet.

Die Einführung eines afrozentrischen Unterrichts wäre zwar für das Fortkommen der Schwarzen in einer Gesellschaft, in der sie nur zwölf Prozent ausmachen, kaum förderlich. *Franklyn G. Jenifer,* Präsident der mehrheitlich schwarzen Howard University in Washington D. C., weist darauf hin, dass die Universitäten Brandeis und Yeshiva jüdische Elemente betonen, Notre Dame und Georgetown katholische, Vassar und Barnard weibliche, West Point und die Naval Academy militärische. Aber die vier erstgenannten sind private Lehranstalten. Die Militärakademien verhalten sich neutral gegenüber religiösen und rassischen Fragen.

Umstritten ist nun aber die Einführung des «Afrozentrismus» in öffentliche Lehranstalten von der Primarschule bis zur Universität. Portland (Oregon) hat schon seit 1982 ein Pro-

gramm, dass sich als multikulturell gibt, dem «Eurozentrismus» abschwört. Milwaukee ist daran, zwei Spezialschulen für männliche schwarze Schüler zu schaffen, African-American Immersion Schools, wo sie schwarze Kultur und Geschichte studieren können. In der Fairfax County (Virginia), einem Vorortsgebiet von Washington, ersetzt ein Kurs in den Primarschulen westliche Geschichte und Geographie durch Unterricht in asiatischen, afrikanischen und andern nichtwestlichen Kulturen. In Washington selber arbeitet eine African-Centered Education Task Force seit Mai 1989 an einem neuen Lehrplan. In allen diesen Fällen wird nach einem neuen Inhalt und nach neuen Methoden gesucht. Ein neues Wertsystem und eine holistische Erziehung werden zum Ziel genommen.

Identitätssuche

In der Diskussion über Lehrpläne kommen verschiedene Grundzüge heraus. Einer davon ist die Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Existenz in der Nation, aber auch in der Familie und in andern sozialen Gemeinschaften. Die Schwarzen haben seit einem Vierteljahrhundert mehrmals den Namen gewechselt von Colored zu Negro (so Martin Luther King Jr.), zu Black, zu Afro-American und nun auf Antrieb von Jesse Jackson zu African-American. Die Indianer wollen nicht mehr American Indians genannt werden, sondern Native Americans. Sie übernehmen also die Bezeichnung, die sich im 19. Jahrhundert eine Bewegung von Weissen gab, die alle Nichtweissen und Immigranten, vor allem die Katholiken, bekämpfte. In der Form der American Party (Know-Nothings) siegten sie 1856 in der Präsidentenwahl im Staat Maryland. Ein weiteres Element ist der Selbsthass vieler Intellektueller, die zwar an den Hochschulen sichere Schutzburgen finden, aber politisch recht wenig zu sagen haben.

Gescheiterte Reformen

Schliesslich haben die verschiedenen Reformbewegungen im Schulwesen in den letzten Jahren nur geringe Ergebnisse gezeitigt. Es ist nicht gelungen, *«to make kids comfortable with writing»*. Schwarze Kinder bremsen den Ehrgeiz ihrer Kameraden mit dem Vorwurf: *«You are acting white»*. Studenten können ihre Studien mit einem Bachelor-Examen abschliessen, in 37 Prozent aller Colleges ohne Unterricht in Geschichte gehabt zu haben, in 62 Prozent ohne Philosophie und in 77 Prozent ohne Fremdsprachen. Ein prominenter Football-Spieler, Dexter Manley, absolvierte zwölf Jahre Primarschule und High School, erwarb nach weiteren vier Jahren den Grad eines Bachelors und entdeckte nach acht Jahren des Glanzes und hoher Bezahlung im Sport, dass er weder lesen noch schreiben konnte, und so nicht weiter kam.

Manche Hochschulen führten ein «Core Curriculum» ein, um die Kontrolle über den Unterricht wieder zu gewinnen, die sie an radikale Studenten und junge Lehrer abgegeben hatten. In den Schulbehörden, welche die Elementar- und High Schools überwachen und finanzieren, wurde der Ruf zur Rückkehr nach den «Basics» laut, nach der Kenntnis von Lesen, Schreiben und Arithmetik.

Aber heute stellt *Lynne V. Cheney*, die Vorsitzende des National Endowment for the Humanities, fest, dass die Professoren den Unterricht

und die Forschung politisieren. *«Die Hauptfragen sind diejenigen über Geschlecht, Rasse und Klasse.»* Radikale Studenten und Professoren verlangen die Einführung eines Proporzes (Quotas) für Minderheiten und Frauen. Sie berücksichtigen nicht, dass beispielsweise im Schuljahr 1989/1990 nur vier Schwarze in Mathemathik doktorierten, 1988/1989 immerhin neun und im Jahr vorher sechs. Im Studium der Geschichte hatten die Schwarzen 1982 und 1984 mit 5,3 Prozent der Doktoranden ihren Höchststand erzielt; seither ist ihr Anteil zurückgegangen. Die schwarzen Männer sind gegenüber den Frauen in der Minderzahl. Das ist auf den Zerfall der Familienstruktur, auf die Dezimierung der jungen Jahrgänge durch Gefängnis, Morde und Aids zurückzuführen.

Kolumbus unter Beschuss

In der *«New York Times»* fand sich kürzlich die folgende Zuschrift des Geschichtsprofessors *Christopher Lasch,* der durch mehrere Bücher bekannt geworden ist: *«Der nordamerikanische Koloss wird weitherum als Kolonialmacht betrachtet, deren Verbalbekenntnisse zu Freiheit, Demokratie und Sozialreform nicht mehr ernster genommen werden können als diejenigen der Sowjetunion.»* Der gleiche Selbsthass, der in dieser Äusserung zum Ausdruck kommt, bricht auch in der Diskussion durch, ob die Entdekkung Amerikas durch Christoph Kolumbus als Fortschritt in der Geschichte der Menschheit gefeiert oder als Tag der Scham und Trauer begangen werden solle. Der National Council of Churches, der sich zur Hauptsache aus protestantischen Kirchen zusammensetzt, meint dazu: *«Für die Nachkommen der Überlebenden der nachfolgenden Invasion, des Genozids, der Sklaverei, des ‹Ökozids› und der Ausbeutung des Reichtums des Landes ist eine Feier nicht die passende Observanz dieses Jahrestags.»* Die Schuldsüchtigkeit treibt da neue Blüten. Die National Conference of Catholic Bishops nimmt einen gemässigten Standpunkt ein, indem sie verkündet: *«Die Bemühungen, die Geschichte der Begegnung* (zweier Kulturen) *als total negative Erfahrung zu porträtieren, bei der nur die Gewalt und die Ausbeutung der eingeborenen Völker präsent waren, ist keine genaue Interpretation der Vergangenheit.»*

Hans E. Tütsch

Liberalismus in Indien

Unspektakuläre Terraingewinne

Die tiefen Krisen und die innere Unrast, welche die arabische Welt auf absehbare Zukunft hinaus erschüttern, sollten den demokratischen Industriestaaten — insbesondere in Europa — nicht nur die Gefährlichkeit extremer Abhängigkeit von externen Rohstoffen und Energiequellen zum Bewusstsein

bringen, sondern auch in Erinnerung rufen, dass ein beidseits einträgliches Zusammenleben zwischen den westlichen und den arabisch-muslimischen Zivilisationen empfindlich dadurch gestört wird, dass es in der arabischen Welt keine Tradition einer liberalen rechtsstaatlichen Ordnung gibt. Demgegenüber hat Indiens parlamentarische Demokratie Wurzeln aufzuweisen, die weit ins letzte Jahrhundert zurückreichen und die seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Verein mit britischen Traditionen einen Rechtsstaat von bemerkenswerter Stabilität und Widerstandskraft genährt haben. Die von Nehru im Rahmen der sogenannten Blockfreiheit betriebene Annäherung an die Sowjetunion und Indiens wirtschaftlich wie politisch und militärisch gute Beziehungen zu Moskau während der Jahre des Kalten Krieges haben im Verein mit einer klaren Präferenz für Sozialismus und staatliche Planung in der Wirtschaftspolitik im Westen lange den Blick für die liberale und demokratische Tradition des modernen Indien verstellt. Auch markante Akzentverschiebungen in der indischen Innen- und Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren sollten Anlass sein, dieses Bild nun gründlich zu revidieren.

Die Atmosphäre im Hörsaal der Nehru-Universität in Delhi ist symptomatisch für den Klimawechsel im Lande draussen. Die Gastvorlesung eines prominenten Vertreters der den Gliedstaat Westbengalen seit mehr als zehn Jahren regierenden Marxisten und ehemaligen Finanzministers dieses Staats wird mit warmem Applaus aufgenommen, doch in der anschliessenden Diskussion steht auch bei den jüngeren Fragestellern Kritik oder zumindest Skepsis gegenüber den klassischen etatistischen Rezepten zur Behebung von sozialen und wirtschaftlichen Missständen im Vordergrund. Dem Monopole und Versorgungslücken erzeugenden Feudalsozialismus der Vergangenheit werden frische, liberale Forderungen nach mehr Wettbewerb und weniger Planungsbürokratie entgegengestellt.

Die Unterhauswahlen im Herbst 1989 brachten die schärfsten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien seit Bestehen der Indischen Union. Von Rajiv Gandhis Kongresspartei wie vom Lager des schliesslich erfolgreichen Vishwanath Pratap Singh wurden gröbste Geschütze aufgefahren. Die Verunglimpfungen reichten vom Vaterlandsverrat über Kriminalität bis zu Familienskandalen. Bemerkenswert war indessen, dass, obschon in den fünf Regierungsjahren Rajiv Gandhis die nachhaltigsten und weitreichendsten wirtschaftspolitischen Liberalisierungen in der Geschichte der Indischen Union in die Tat umgesetzt worden waren, diese im Schlagabtausch der Parteien kaum figurierten. Wie zu erwarten war, behielt die Regierung Sing denn auch — von meist rhetorischen Bekenntnissen zur verstärkten Förderung der ländlichen Entwicklung abgesehen — den wirtschaftspolitischen Kurs ihrer Vorgängerin weitgehend bei.

Es ist bei diesem Sachverhalt nicht zu bestreiten, dass in Indien, wenn auch in weniger spektakulärer Form als anderswo, der Sozialismus sich auf dem Rückzug befindet, und liberale Werte und Lösungen Terrain gewinnen. Dies sollte mit Rücksicht auf die traditionelle Liberalität der subkontinentalen, vorwiegend hinduistischen Gesellschaft so unerwartet nicht sein. Zwar gibt es im komplexen indischen Par-

teiensystem keine Liberale Partei, hat es eine solche auch kaum je gegeben. Dennoch hat der Liberalismus seit dem letzten Jahrhundert auf die soziale und politische Erneuerung Indiens einen entscheidenden Einfluss ausgeübt und manche führende Gestalt der Unabhängigkeitsbewegung geprägt.

Der bekannteste liberale Reformer im frühen 19. Jahrhundert war der Bengale Ram Mohan Roy (1772 bis 1833). Ihm als dem *«sehr liberalen, vornehmen, weisen und tugendhaften Brahmin»* war die Verfassung von Cadiz von 1812, das erste Dokument, in dem der Begriff «liberal» in einem engeren politischen Sinne verwendet wurde, gewidmet worden. Ram Mohan Roy war ein Aufklärer im europäischen Sinne, der mit Schrift und Tat gegen Aberglauben, Analphabetismus und menschenunwürdige religiöse Praktiken kämpfte. Berühmt wurde er durch seine erfolgreiche Kampagne gegen Sati, den hinduistischen Brauch der Witwenverbrennung, den der britische Generalgouverneur in Kalkutta, William Bentinck, 1829 unter Strafe stellen liess.

Am Ende des 19. Jahrhunderts, unter dem unverkennbaren Einfluss des viktorianischen Liberalismus in England, profilierten sich in Bombay, der damals wie heute am stärksten westlich geprägten Metropole des Subkontinents, mehrere angesehene Bürger, die meisten Advokaten, als Verfechter liberaler Ideen. Mahadev Govind Ranade, Pherozeshah Mehta und Dadabhai Naoroji sahen jedoch, im Gegensatz zu Ram Mohan Roy, die gesellschaftliche Erneuerung Indiens in engem Zusammenhang mit seiner Befreiung aus der Rolle einer britischen Kronkolonie. Der Kampf gegen die rechtliche Benachteiligung der Inder wurde innerhalb des Indian National Congress, 1885 durch den liberalen Engländer A. O. Hume gegründet, von diesen liberalen Kräften am konsequentesten betrieben. 1906 bezeichnete es Naoroji als *«höchste Aspiration, als britische Bürger nicht nur dem Namen, sondern auch den Rechten nach anerkannt zu werden»*.

Marginalisierung

Ausgerechnet die Auseinandersetzung um die Strategie des Unabhängigkeitskampfes sollte jedoch zur Marginalisierung des Liberalismus mit ihren bis heute nachwirkenden Konsequenzen für die indische Parteienlandschaft werden. Der von den liberalen Elementen im Kongress befürwortete Kurs der Mässigung wurde mit dem kraftvollen Auftreten Mahatma Gandhis, der sich als Schüler des liberalen Gopal Krishna Gokhale bezeichnete, und vor allem durch die britische Intransigenz am Ende des Ersten Weltkriegs, kulminierend im Massaker von Jallianwallah Bagh in Amritsar, zunehmend unhaltbar. 1918 kam es zu einer allindischen Konferenz der Moderate Party, dem Beginn einer eigenständigen Liberalen Partei in Indien.

Im Gegensatz zum Indian National Congress nahm diese Partei an den ersten Wahlen zu den durch die britische Kolonialmacht mit höchst beschränkten Kompetenzen ausgestatteten «Volksvertretungen» im Jahre 1919 teil. Liberale sassen auch in dem den Vizekönig beratenden Staatsrat, wo der «Doyen des indischen Liberalismus», Sir Tej Behadur Sapru, in den zwanziger Jahren im Bereich der Rechtsreformen eine prominente Rolle spielte. Die liberale Position eines

Dominion Status für Indien im Verband des Commonwealth geriet indessen bald zwischen die beiden Hauptfronten im Ringen um die Unabhängigkeit Indiens, jene der Konservativen in Grossbritannien, die das Kronjuwel um jeden Preis im britischen Weltreich halten wollten, und jene des «Quit India» der von Mahatma Gandhi und Nehru geführten Massenbewegung.

In einem zentralen Punkt der Unabhängigkeitsbewegung sollten die Liberalen, die nach den Wahlen von 1937, die mit Beteiligung des Kongresses durchgeführt wurden, als eigenständige politische Kraft von der Bildfläche verschwanden, recht behalten. Die Kongressführung und Mahatma Gandhi unterschätzten in der Endphase des Unabhängigkeitskampfes die Gefahr der religiösen Intransigenz, die in der blutigen Teilung des Subkontinents enden sollte. Sapru mahnte dazu, den Muslimen die von Mohammad Ali Jinnah geforderten 33 Prozent bei der Sitzzuteilung in der gesetzgebenden Versammlung zuzugestehen, auch wenn, wie Nehru zutreffend bemerkte, diese Quote deutlich über dem Bevölkerungsanteil der Muslime lag. Im gleichen Sinne wie Sapru argumentierte auch der nachmalige Führer der liberalen Swatantra Partei, Minoo Masani, der dem engherzigen Quotendenken Nehrus Mitschuld an der Teilung Indiens gibt. Die vernünftige und durch die Ereignisse von 1947 nachträglich gerechtfertigte Haltung, um des religiösen Friedens und einer geordneten Machtübergabe willen den Kurs Richtung vollständige Lostrennung von London vorläufig zu zähmen, wurde in den überschwappenden Gefühlswogen der Endphase des Unabhängigkeitskampfes als «Kollaboration mit dem British Raj» ausgelegt.

Swatantra

Nicht unter dem Namen «liberal», aber mit einem insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich klassisch liberalen Programm erregte in den sechziger Jahren für kurze Zeit die Swatantra Partei (Freiheitspartei) des prominenten Freiheitskämpfers und engen Mitstreiters Mahatma Gandhis, C. Rajagopalachari, und des ursprünglich aus dem sozialistischen Lager kommenden, aber noch in der letzten Phase des Unabhängigkeitskampfes mit Nehru zerstrittenen Minoo Masani Aufsehen. Die 1959 gegründete Swantantra-Partei nahm an den Unterhauswahlen von 1962 teil und gewann auf Anhieb fast acht Prozent der Stimmen. Ihren Höhepunkt erreichte die Partei, die auch in mehreren Landtagen über beachtliche Abgeordnetenkontingente verfügte, bei den nächsten Unterhauswahlen im Jahre 1967, aus denen sie mit 44 von insgesamt 520 Sitzen als stärkste Oppositionspartei hervorging. Ebenso rasch erfolgte indessen der Abstieg, und bereits Anfang der siebziger Jahre verschwand die Swatantra Partei wieder als eigenständige politische Kraft. Ihre führenden Repräsentanten finden sich heute in den verschiedensten Parteien, von der Kongresspartei bis zur Bharatiya Janata Partei (BJP).

Während linke Analytiker bei der Erklärung des meteorhaften Aufstiegs und Niedergangs der Swatantra Partei mit den Vorwürfen des «Manchester Liberalismus» und der «Grossgrundbesitzerpartei» rasch zur Stelle sind, liegen die wahren Ursachen etwas tiefer. Zum einen kämpfte die Swatantra Partei für eine grundlegende Liberalisierung der Wirtschaft, ein Ziel, das über die breiten Massen hinaus selbst in

Unternehmerkreisen, die von der Durchregulierung der indischen Wirtschaft in der Form von Monopolen und massiven Importrestriktionen profitierten, keine Begeisterung auszulösen vermochte. Daraus erklärt sich auch, weshalb Indira Gandhis Kongresspartei, die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre einen prononciert sozialistischen Kurs eingeschlagen hatte, selbst bei in andern Ländern klassisch liberalen Wählersegmenten gegenüber der Swatantra Partei im Vorteil war. Zum zweiten sind die Wahlkreise in Indien so gross und komplex, dass auf Stimmenblöcke zurückgegriffen werden muss, bei deren Zusammensetzung soziale, ethnische und religiöse Kriterien, nicht jedoch programmatische Aussagen den Auschlag geben.

Mit Ausnahme der kommunistischen Parteien und — in ihrer spezifisch hinduistischen Ausrichtung — der BJP bestimmen deshalb nicht Programme, sondern Persönlichkeiten mit einem äusserst pragmatischen, oft opportunistischen Verhältnis zur Macht die indische Parteienlandschaft. Obschon im Wirtschaftsprogramm der Kongresspartei sozialistischen Prinzipien gehuldigt wird, und erst vor kurzem ein Versuch Rajiv Gandhis, die Bezugnahme auf den Sozialismus aus den wirtschaftspolitischen Dokumenten der Partei zu streichen, gescheitert ist, bleibt der Kongress auch von liberalen Positionen aus wählbar.

Keine Partei — eine Stimmung

Selbst für eine temporäre Präsenz einer Liberalen Partei — nach Vorbild der Swatantra Partei — besteht indessen heute nicht einmal mehr Raum. Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich sowohl bei der Kongresspartei als auch bei der Opposition der Aufbruch ins gemässigte Zentrum beschleunigt. Rajiv Gandhi geht die ideologische Fixierung, die Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi geprägt hatte, völlig ab, und sein Nachfolger als Premierminister und Führer der nach dem Kongress bedeutendsten Parteienkonstellation, Vishwanath Pratap Singh, gehörte in Gandhis ersten Regierungsjahren als Finanz- und Handelsminister zu den Architekten der Wirtschaftsliberalisierungen.

Zweifellos wird durch diesen Drang zur Mitte, verbunden mit einem Wahlsystem, das eindeutig die grossen Parteien bevorzugt, die Wiedererstehung einer eigenständigen Liberalen Partei auf absehbare Zukunft hinaus noch unwahrscheinlicher. Anderseits ist es im Rückblick auf die achtziger Jahre durchaus gerechtfertigt, von beachtlichen Terraingewinnen des Liberalismus in Indien zu sprechen. Unverkennbar ist die Ernüchterung über den unter Nehru und Indira Gandhi geförderten Etatismus. Selbst Grundwahrheiten — dass durch verstaatlichte Betriebe erwirtschaftete Verluste letztlich den Programmen zur Armutsbekämpfung schaden; dass der Staatssektor keine heilige Kuh ist — mussten durch Rajiv Gandhi und zwei oder drei seiner Minister erst einmal durch unzweideutige Worte in die politische Diskussion eingebracht werden.

Doch der Aufbruch ins Zentrum ist nicht nur eine Folge hochrangiger Debatten und Erklärungen sowie eines selbstbewusster gewordenen Mittelstandes. Er resultiert auch aus dem wachsenden Zynismus, mit dem die Armen und Ärmsten die durch Zentral- und Landesregierungen lancierten

Hilfsprogramme bewerten. Meinungsumfragen zeigen beispielsweise, dass ein zu Ehren von Nehrus hundertstem Geburtstag entworfenes Arbeitsbeschaffungsprogramm von der Mehrheit als von vornherein der Korruption verfallen gesehen wird. Demgegenüber stossen Vorhaben zu Dezentralisierung auch finanzieller Kompetenzen auf die Gemeindeebenen auf breite Zustimmung, wird doch darin ein Mittel gesehen, den bei Grossprojekten wegen unzureichender Infrastruktur unweigerlich anfallenden Verlust an Transparenz und Effizienz der Mittelverwendung zu reduzieren.

Urs Schöttli

Neue Technik — Neue Ingenieure

Über Möglichkeiten und Grenzen bei der Neudefinition des Ingenieurs

Eine Studie der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW)

Nach wie vor gilt in der Schweiz ein Ingenieurmangel als schwerwiegendes beschäftigungspolitisches Problem. Stellt man die aktuellen technologischen und wirtschaftlich-organisatorischen Veränderungen in Rechnung, wird deutlich, dass mit dem «Mangel» neben einer quantitativen Dimension ebenso eine qualitative berührt wird. Bekanntlich werden Funktion und Bedeutung von Ingenieuren in Industrie und Dienstleistungssektor, ja der Stellenwert von Technologie und Technik überhaupt verstärkt diskutiert. Das Problem kann deshalb — bleibt man innerhalb beschäftigungspolitischer Begriffe — nicht beim Angebot an Ingenieuren allein lokalisiert werden, sondern es betrifft genauso die veränderte Nachfrage und damit auch jene Prozesse, die «hinter» diesen Marktbeziehungen auf sie einwirken.

1.

Natürlich gibt es sehr verschiedene Möglichkeiten, die aktuellen Mängel und Diskrepanzen zu analysieren und zu erklären. Eine unter ihnen konzentriert sich auf die Personen, die eine Ingenieurausbildung planen, und versucht anhand von Befragungen und Gesprächen spezifische Besonderheiten dieser Gruppe im Vergleich zu anderen Personengruppen zu erfassen. Dabei besteht eine lange Tradition darin, typische Merkmale solcher Gruppen zur gegenseitigen Abgrenzung zu bestimmen.

Gerade für die Gruppe der Technikwähler bzw. -studierenden sind die so gewonnenen Charakterisierungen über Raum und Zeit ausnehmend stabil. Sie wurden auch in der Studie bestätigt, auf die sich dieser Aufsatz weitgehend stützt [1]. Zentral ist eine starke Ausrich-

tung dieser Gruppe an den Institutionen und Organisationen des späteren Berufs — was eine enge Beziehung zwischen Ausbildung und Beruf voraussetzt. Leistungsorientierung, Einverständnis mit der politisch-sozialen Umwelt, Optimismus, materielle Werthaltung sind entsprechende Stichworte dafür. Neben dem Geschlecht — Ingenieurwähler sind überwiegend männlich — sind ausserdem vor allem die folgenden Charakterisierungen erwähnenswert: Technikwähler sind fachlich relativ eng interessiert, wenig kontaktfreudig, eher arbeitsame Bastler.

Die Frage liegt nahe, wie weit solche Charakterisierungen denn «wirklichkeitsgerecht» seien. Statt darüber in einen letztlich unentscheidbaren Streit zu geraten, empfiehlt es sich, diese Charakterisierungen nicht als objektive Merkmale von Personen, sondern als Bilder aufzufassen — als Bilder, die ihren Stellenwert als Bezugspunkte im Vergleich mit andern Bildern haben. Sie sind darin den gängigen Berufsbildern analog.

Werden Technikwähler — wie es in der SATW-Untersuchung möglich war — zu verschiedenen Zeitpunkten befragt, treten Entwicklungen und Veränderungen in den Vordergrund. Bilder und Vorstellungen können dann umgesetzt werden in die Analyse von Spannungen und Problemen, die in den Entwicklungsprozessen zum Ingenieur von Bedeutung sind.

2.

Der Ingenieur kann längst nicht mehr hinreichend als Fachmann für die Lösung von Problemen materieller Art beschrieben werden, Technik längst nicht mehr bloss als Instrument im Spiel gegen die Natur. Es ist hier nicht der Ort, die Entwicklung der Technologie auszubreiten und über die (neuen) Beziehungen zwischen Technologie/Technik und Gesellschaft nachzudenken. In Erinnerung zu rufen sind jedoch zwei allgemein diagnostizierte Aspekte der «dritten technologischen Revolution», wie D. Bell diese Modernisierungs-Phase nennt: Technologie und Technik werden umfassend, nämlich umweltoffen, immateriell, systemisch. Und: Die heute zur Verfügung stehende Technologie ist reicher und flexibler an Verwendungsmöglichkeiten denn je, die Beziehung zwischen Technologie und Organisationsform wird loser («Technologie als Option» in der Formulierung von E. Ulich). Das macht traditionelle Organisations-Konzepte, wie etwa Zentralität oder Einheitlichkeit usw., in wachsendem Mass ungeeignet. Umfassender Systembezug — im Gegensatz zur Beschränkung auf isolierte Prozesse — macht es notwendig, Unsicherheiten, Vereinbarkeits-Erfordernisse, Folgeprobleme, Risiken usw. einzubeziehen («reflexive Modernisierung» im Sinn von U. Beck). Entsprechend ändern sich Problemtypen und Problemlösungsformen. Wissen und Fähigkeiten des Ingenieurs haben sich anzupassen. Nun dürfen freilich — wie uns neuere Untersuchungen immer deutlicher lehren — auch Wissen und Fähigkeiten nicht isoliert analysiert werden. Auch sie sind in ihren Bezügen und Verbindungen zu betrachten: Sie sind gebunden an Arten und Weisen, die Welt wahrzunehmen und sie zu interpretieren, gebunden an bestimmte Denkweisen und Rationalitäten, an Arbeits- bzw. Kommunikationsstile, kurz: an «Kulturen» von Fach- bzw. Tätigkeitsgebieten und von Berufen.

Offensichtlich entsprechen die eingangs angeführten Charakterisierungen des typischen Ingenieurs nicht ganz der

«Technikkultur», die man sich für die dritte technologische Revolution vorstellt. Es wurde dort nämlich eher das Bild des traditionellen Konstrukteurs und Entwicklungsingenieurs erkennbar. Ist dieses Bild nach wie vor die Leitfigur der Technikwähler?

3.

In einer schriftlichen Befragung wurde allen Maturanden des Kantons Zürich kurz vor ihrer Matur 1985 die Frage vorgelegt, mit welcher Rolle sie sich für die Zukunft am liebsten identifizierten. Von den Maturanden, die angaben, ein industrietechnisches Fach studieren zu wollen, nannten 62 Prozent die «Rolle desjenigen, der auf seinem Gebiet Fachmann, Experte, Spezialist ist». 20 Prozent hingegen bezeichneten «die Rolle desjenigen, der organisiert, leitet, entscheidet» (auf die Rolle des «Intellektuellen» entfielen 11 Prozent). Zum Vergleich: Bei den zukünftigen Ökonomen nannten 27 Prozent die Rolle des «Fachmanns/Experten», jedoch 56 Prozent die Rolle des «Organisators/Managers».

Vier Jahre später, also während des Studiums an der ETH, wurden einige jener Technik-Wähler erneut, und zwar mündlich, befragt. Ein grosser Teil von ihnen kann nach wie vor dem Typus des «Fachmanns/Experten» zugerechnet werden. Es sind das Studierende, die als berufliches Ziel für die ersten Jahre nach dem Diplom eine Tätigkeit in der Entwicklung angeben. Ein anderer Teil der Studierenden weitet diese Rollendefinition in zweierlei Ausprägungen aus: In der einen Variante sieht man den Ingenieur zusätzlich mitbeteiligt an den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmung: die zweite und häufigere Variante kreist um den Begriff des Projektmanagements. Interessanterweise wird die zweite Variante schwergewichtig in den Studiengebieten der Informatik formuliert, also den Gebieten, die prototypisch für die dritte technologische Revolution stehen.

Der Vergleich der beruflichen Ziele, die vor der Matur und vier Jahre später genannt werden, lässt erkennen, dass sich die Identifikation mit dem ursprünglichen Rollenziel «Fachmann/Experte» bei einem beträchtlichen Teil der Studierenden auflöst. Umgekehrt aber finden keine solchen Veränderungen in Richtung dieser Rolle statt.

Dass hier eine grundlegende Verschiebung im Gange ist, lässt sich ermessen, wenn die Formulierung der Aufgaben bzw. Funktionen des Ingenieurs betrachtet werden. «Optimierung von Techniken, Verfahren und Prozessen», «Lösung technisch anspruchsvoller Probleme» bzw. «Anwendung wissenschaftlichen Wissens zur Lösung praktischer Probleme», «eine klare Aufgabe unter Termin- und Kostendruck lösen», «gut organisieren und seine Arbeit sauber machen» — das sind Angaben von Studierenden des Typus «Fachmann/Experte». Zukünftige Projektmanager hingegen äussern sich typischerweise folgendermassen: «ein Spezialist in Kenntnis des grösseren Zusammenhangs», «auf alle Seiten offen», «weder von der technischen noch von der wirtschaftlichen Seite dominiert», «Interdisziplinarität», «Verbindung zwischen wissenschaftlichem Wissen und Kommunikationsfähigkeit».

Man kann also in der Entwicklung der Einschätzung der Befragten durchaus eine Bewegung erkennen, die mit den technologisch-organisatorischen Veränderungen korrespondiert. Welche spezifischen Spannungen und Pro-

bleme aber ergeben sich daraus bezüglich Studium und Beruf?

4.

Zum ersten ist eine nur allzu bekannte «Standard-Problematik» in den ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungen zu erwähnen: dass Theorie als mehr oder weniger eng gefasstes Instrument für die Berufs-Praxis gilt, als ein fremdes Gebiet, durch das man sich «durchbeissen» muss, um es nachher «anwenden» zu können. Denn bedeutsam an den technischen Studienrichtungen ist ja, dass sie als anwendungsorientierte Problemlösungsfächer immer (auch) das praktische Moment, den Aspekt des Könnens in der Praxis, in den Vordergrund rücken. Das heisst: Die Ausbildung ist doppelt gebunden, an zwei Massstäben gemessen. Ausserdem ist das in diesen Studiengängen gelehrte Wissen in der Regel hoch systematisiert, hierarchisiert und abgegrenzt (und entsprechend hoch strukturiert ist die Organisation des Studiums).

Mit den neuen Entwicklungen finden nun allerdings Aufweichungen statt. Sie betreffen die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit, das Studienfach-Wissen in allgemeingültigen Korpussen zu organisieren, Praxis-Probleme eindeutig zu definieren und die Berufspraxis fraglos vorzustellen.

Eine zweite Spannung: Die klassische Figur des Konstrukteurs und Entwicklers ist mit materiellen Problemen und Prozessen befasst. Studenten, die als berufliches Ziel eine Entwicklungs-Tätigkeit angeben, verwenden Bezeichnungen wie «anschaulich», «konkret», «sichtbar», «vorstellbar», «realistisch», sprechen von der Freude am «Knobeln» und «Tüfteln». Einige dieser zukünftigen Konstrukteure setzen sich damit ausdrücklich von den Informatikern ab, zu deren Einschätzung Begriffe wie «Beliebigkeit», «Masslosigkeit», «Spielerei» fallen. Das Handgreifliche bedeutete darüber hinaus, dass «man sich an etwas halten» kann: ein sehr allgemein zu verstehendes «Gerüst».

Für die angesprochenen Informatiker hingegen scheinen Aussagen wie die folgenden typisch zu sein: «sich nichts verbauen», «überall einsteigen können», «mich nicht festlegen» usw. Bezugspunkte sind hier Systeme, Organisationen, Institutionen. Wenn — idealtypisch zugespitzt — der klassische Konstrukteur sich eher einer konkreten Aufgabenstellung in einem definierten Kontext überlässt, stützt sich der «neue» Ingenieur stärker auf ein Modell des durchsetzungsfähigen, fordernden, autonomen Individuums.

Offenkundig geworden ist in der Studie schliesslich ein dritter Problemkreis: Ingenieure sehen sich unter einem starken Bewährungsdruck, Leistung hat für sie einen hohen Stellenwert. Die Leistungsbereitschaft findet ihren Platz in einem Modell von Lebenszielen und in Normen der Lebensführung, die sich auf die Elemente des Ausgleichs, der Balance, der Gegenleistung stützen. So sollen soziale Privilegien auf Intelligenz und Leistung basieren. So soll zwischen den verschiedenen Lebensbereichen ein Gleichgewicht bestehen, ebenso zwischen den beruflichen Zielen wie Selbständigkeit, Sicherheit, Aufstieg usw. Freilich verändern sich mit der Einführung neuer Technologien und Organisationsstrukturen auch die Leistungsanforderungen — sie werden immer weniger objektivierbar, werden abstrakter — genauso wie Aufstiegswege und Sicherheitsgarantien. Das bewirkt zweifellos

erhöhte Belastungen und kann nicht ohne Folgen für das Selbstverständnis der Ingenieure bleiben. Ganz deutlich ist dabei, dass den beiden idealen Ingenieurrollen — ungeachtet ihrer sonstigen Unterschiede — eine starke Orientierung an der Tradition der beruflichen Praxis und ihren Institutionen gemeinsam ist.

Sich von dieser Mehrheits-Orientierung abhebend, drückt eine Minderheit von Ingenieurstudenten diesbezüglich eine grössere Distanz aus und damit zugleich eine grössere Unabhängigkeit gegenüber dem dominanten Bewährungsdruck. Es tun das durchwegs diejenigen, die sich in der Zukunft als Wissenschafter, Lehrer oder Berater vorstellen, vor allem aber auch die wenigen Frauen aus diesen Studiengebieten.

5.

Die «dritte technologische Revolution» kann man ihn ihren Auswirkungen für den Beruf des Ingenieurs sowohl als Gewinn wie auch als Verlust lesen. Die Technologie entgrenzt sich, der neue Ingenieur emanzipiert sich von der Industriegesellschaft, wertet sich auf. Das ist die eine Seite. Allerdings wird dadurch auch die Rationalität der Technik tangiert. Ihre Fachkultur(en), ihre Selbstevidenz, ja der Berufsstand und das Bild «des» Ingenieurs weichen sich in wachsendem Mass auf. Unvermeidlicherweise sind die Anforderungen, die in dieser Situation an den Ingenieur gestellt werden, breit, vielfältig disparat. Die grosse Gefahr besteht darin, dass solche Anforderungen nur in Begriffen von konkretem Wissen und Können definiert werden. Ausser acht geraten dabei nicht nur die Traditionen bzw. Kulturen der technischen Disziplinen mit ihren spezifischen Potentialen und Grenzen, mit ihren spezifischen Spannungen und Problemen. Vernachlässigt wird darüber hinaus genau das eigentlich Entscheidende an der «dritten technologischen Revolution»: der umfassende Systembezug mit seinem Zwang zu Offenheit und Rückbezüglichkeit. Offensichtlich werden weder Wissenskorpus noch Aufgabenstellung in der Berufspraxis auf die Dauer in der Lage sein, ein sicheres «Gerüst, woran man sich halten kann», darzustellen. Damit wird ihre traditionelle Verknüpfung, nämlich die gewohnte Anwendungsorientierung der Ingenieur-Ausbildung, zweifelhaft. In diesem Zusammenhang hat man sich die heutige Tendenz zu vergegenwärtigen, immer stärker für ausdifferenzierte betriebliche Funktionen vermittels gezielter Ausbildung spezifische Qualifikationen und Qualifikationsbündel zu schaffen. Das enorm gewachsene Angebot an Nachdiplom- und anderen Aufbau-Ausbildungen ist dafür ein deutliches Indiz. Indessen sind sie nur möglich auf der Grundlage von Erstausbildungen zum Ingenieur. Könnten hier neue Bezugs- und Orientierungspunkte gebildet werden? Könnte hier einen Inhalt finden, was zukünftige Projektmanager mit schönen Worten als den «neuen» Ingenieur charakterisieren? Ohne die Tradition des «alten» Ingenieurs auszulöschen? Einiges spricht dafür, dass anstelle der verlorengehenden Gerüste eine Auffassung treten könnte, welche die Ingenieurwissenschaften verstärkt als rückbezüglich begreift, nämlich als wissenschaftliche Fächer, die sich selbst, ihre Voraussetzungen und ihre Folgen ständig mitreflektieren. Im besten Fall entspräche dies einer Veränderung des Ingenieurbildes in Richtung auf Pluralismus und Offenheit — auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht. Das

ist übrigens nicht gleichbedeutend mit einer Abkehr von der Praxisorientierung der Ingenieur-Ausbildung. Denn bekanntlich steht bereits hinter der Gründung der Technischen Hochschulen die Erfahrung, dass erst eine gewisse Praxisdistanz der Ausbildung die Absolventen im angestrebten Sinn «praxisfähig» macht. Jedoch bleibt die Frage nach dem «Mass», nach dem «Ort» und dem «Wozu» immer wieder neu zu beantworten.

Urs Kiener

[1] Es handelt sich um eine Längsschnittstudie mit Maturanden, die vom Autor im Auftrag der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) durchgeführt wurde und als Hefte 11 und 12 der SATW-Schriftenreihe dokumentiert ist.

Seismische Erschütterung auf dem Parnass

Verwirrungen nach der Vereinigung

Die Zeitschrift *«ndl» (neue deutsche literatur)* erscheint seit Januar 1991 *«in alleiniger Partnerschaft mit dem Aufbau-Verlag»,* wie die Redaktion in einer Hausmitteilung den Umstand umschreibt, dass sie nicht mehr als Organ des Schriftstellerverbandes der DDR zu betrachten sei. Bis zum Ende des vergangenen Jahres zeichnete der Verband als Herausgeber. Jetzt ist er selbst in Auflösung begriffen — der Fachausdruck dafür heisst «Abwicklung» —, weil die Subventionen ausbleiben, die vordem den Künstlerverbänden der DDR eine effiziente Infrastruktur und eine beträchtliche Macht verschafften. Den Schriftstellern mass die Partei, die den Staat beherrschte, einen hohen Anteil bei der Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung zu. Die Erfüllung dieses Auftrages wurde mit der Finanzierung leistungsfähiger Sekretariate, eines Präsidiums und eines Vorstandes mit Diäten und Spesenvergütungen, mit Repräsentations- und Reisezulagen belohnt. Man kann fast verstehen, dass dergleichen erfreuliche Umstände ab und zu auch den Neid der Kollegen in den bürgerlichen Demokratien weckte, die schliesslich ihren Sekretär aus den Mitgliederbeiträgen und weit geringeren Zuschüssen der öffentlichen Hand besolden mussten.

«ndl» bekundet die Absicht, sich zu einem Forum für die gesamte deutschsprachige Literatur zu wandeln und dabei aber gleichzeitig *«das Produktive und Problematische»* der im Gebiet der ehemaligen DDR entstandenen Literatur *«als eines ihrer unverzichtbaren Elemente lebendig zu halten».* Die Öffnung wird sich am ehesten verwirklichen, wenn genau zu diesem Thema eine vollkommen freie, kritische Auseinandersetzung gefördert oder doch nicht behindert und zuletzt gar verteufelt wird. Keine Frage, in der ehemaligen DDR ist der deutschen Literatur der Gegenwart manches gewichtige Werk zugewachsen. Die Kritik in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Deutschschweiz tat gut daran, das Schaffen der Autoren jenseits der

deutsch-deutschen Grenze so aufmerksam zu verfolgen wie dasjenige in ihrem eigenen Wirkungsbereich. Aber während in der DDR als Axiom galt, dass es spätestens seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zwei deutsche Literaturen gebe, ist genau das im Westen umstritten geblieben. Für die Einschätzung von Rang und Wert konnte das nicht ohne Folgen bleiben. Zwar ist der Versuch immer fragwürdig und erfreulicherweise auch nicht mehr so ernstgenommen, unter den Zeitgenossen eine Sitzordnung auf dem Parnass zu bestimmen. Wer über oder unter dem andern seinen Platz habe, die Frage begleitet jedoch nicht nur unterschwellig den literarischen Betrieb. Da gibt es die Preise, die keineswegs etwa wegen der Höhe der ausgeschütteten Summe, sondern wegen des Prestiges, das sie dem Träger verleihen, ihre bestimmte Rangordnung haben. Und ausgeprägter noch gab und gibt es in der von DDR-Literaten und Kulturministerium postulierten zweiten und andern deutschen Literatur einen Parnass, dessen Sitzordnung etwas weniger durch ästhetische Qualitäten, die Kraft der Innovation oder auch den Mut zum kritischen Widerstand als vielmehr durch Verdienste bestimmt wird, die bei der Gestaltung der neuen Gesellschaftsordnung mit Mitteln der Literatur erworben worden sind. Nach dem Zusammenbruch der DDR und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird sich da zwangsläufig einige Verwirrung einstellen, und dies nicht etwa nur in den fünf neuen Bundesländern Deutschlands, sondern auch in den alten, auch in Österreich und in der Schweiz.

Dass Christa Wolf vom französischen Kulturminister Jack Lang höchst persönlich mit dem Titel eines *«Officier des Arts et des Lettres»* ausgezeichnet wurde, passt bestens ins redaktionelle Konzept von *«ndl»*, weshalb denn auch die Laudatio des Ministers und die Dankrede der zum Offizier beförderten Dichterin im Wortlaut abgedruckt sind. Der Laudator versäumt nicht, im Verlauf seiner Ausführungen auch darauf hinzuweisen, dass es da eine Polemik gegeben habe. Wenn er indessen mit Bezug auf die Kritik an Christa Wolfs Erzählung *«Was bleibt»*, die in einigen Literaturblättern geübt wurde, von einer Kampagne spricht, schadet er möglicherweise der offenen Auseinandersetzung, weil er verkennt, wie notwendig sie ist und wie unausweichlich. Dass Literatur kontrovers beurteilt wird, gehört zu den vollkommen selbstverständlichen Merkmalen des geistigen Lebens. Eine Kampagne war es ja doch wohl auch nicht, wie den unbotmässigen Kritikern der Marsch geblasen wurde, weil sie es gewagt hatten, aus Anlass von Christa Wolfs *«Sommerstück»* und *«Was bleibt»* Fragen zu stellen. Es war ein Streit, wie es in dieser und ähnlichen Sachen noch manchen geben wird, — nicht die schlechteste Voraussetzung für literarisches Leben.

Und aller Voraussicht nach wird es an strittigen Gegenständen nicht fehlen, wenn *«ndl»* sich der gesamtdeutschen Literatur öffnen und gleichzeitig *«das Produktive und Problematische»* der DDR-Literatur lebendig erhalten will. Die Nummer, in der Jack Langs Laudatio auf Christa Wolf steht, enthält auch einen essayistisch-erzählerischen Text von Hermann Kant, ausserdem ein Gespräch des Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, mit dem auch im mündlichen Ausdruck aalglatt und druckreif formulierenden Kant. Da macht er sich zum Beispiel lustig darüber, dass sich über ihn die Legende

herauszubilden scheine, er sei *«so eine Art Erfinder von Honecker und eigentlich schon von Ulbricht»*. Dabei habe er doch seine literarische Arbeit immer als ein *«Ja, aber. . . »* verstanden. Der Text und das Gespräch haben offensichtlich den Zweck, dem früheren Machtinhaber des Schriftstellerverbandes Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen. Das Recht dazu muss ihm selbstverständlich zugestanden werden; die Art und Weise, wie er es tut, empfinde ich als abstossend. Er bagatellisiert die Methoden und setzt voraus, das Ziel sei nach wie vor unantastbar. Man sei an gesellschaftliche Veränderungen herangegangen wie an die Einführung der Pockenimpfung, wo man auch sage: *«Die Sache muss sein, sie ist gut für euch, und weil es nicht jeder einsieht, muss ein Gesetz her, das euch zu eurem Glück zwingt.»* Das sei, gibt er grosszügig zu, natürlich ein Fehler gewesen. War es aber nur das? Woher nimmt er die Gewissheit, dass die Einsichten, die er und seine Genossen zu haben glauben, auch die richtigen seien, selbst wenn es andere und auch nicht so dumme Leute gibt, die das nicht einsehen? Wo bleibt die behauptete «Humanisierung» des Zusammenlebens, wenn es ohne Zwangsmassnahmen, Überwachung», Denunziation und parteiische Justitz nicht geht? Die unerträgliche Rolle, die Hermann Kant als Erfüllungsgehilfe der von ihm jetzt gelassen und mild kritisierten Macht gespielt hat, scheint ihn weniger zu quälen, als dass diese Macht aus seiner Sicht *«jetzt wieder den Krämern»* überantwortet werde. Kein Wort darüber, wie man unter seiner Führung und Machtwillfährigkeit im nunmehr «abgewickelten» Schriftstellerverband mit Kollegen umgesprungen ist, die gewiss nicht den Umsturz, nur längst überfällige Reformen forderten. Der Rowohlt Verlag hat das *«Protokoll eines Tribunals»* als Taschenbuch veröffentlicht, vollständige Tonbandaufzeichnungen jener Versammlung und natürlich auch der Rede Kants, die tatsächlich mit einer Belehrung über Demokratie schliesst. Damit müsste sich der damalige Präsident und Hauptinszenator auseinandersetzen, und dies, wie ich meine, nicht nur auf die billige Tour, das Scherbengericht vom 7. Juni 1979 hinterher als taktischen Fehler zu deuten.

Dass es dabei um eine zentrale Frage innerhalb der sozialistischen Literatur geht, kann man am Werk von Anna Seghers erkennen. Sie wurde und wird verehrt als die bedeutendste Gestalt unter den Autoren der ersten Generation in der DDR, und weil ihr Thema, eigentlich in allen ihren Werken, der Widerstand gegen ungerechte und unmenschliche Ordnungen, aber auch die Verwandlung des Menschen durch den gesellschaftlichen Prozess ist, gilt sie mehr als jeder und jede andere als leuchtendes Vorbild — oder galt es wenigstens bis vor kurzem. Solange es die DDR gab, nahm sie dort vermutlich den obersten Platz auf dem Parnass ein. Beurteilt man ihr Werk jedoch mehr nach ästhetischen Kriterien, auch nach Welthaltigkeit und Kraft der Menschendarstellung, dann ist der hohe Rang weniger verständlich, der ihr zuerkannt worden ist. Er beruhte in der DDR hauptsächlich auf der Brauchbarkeit ihrer späten, in der DDR entstandenen Erzählungen und Romane für den Aufbau und die Rechtfertigung dessen, was Ulbricht und Honecker offiziell vertreten haben.

Und nun konnte nicht ausbleiben, dass auch diese Position und Wertschätzung nach dem Bruch der Mauer und nach dem Zusammenschluss der

beiden deutschen Staaten neu diskutiert wird. Eine nicht geringe Rolle spielt dabei das Erinnerungsbuch von Walter Janka, einem Freund und Genossen der Seghers, in welchem er die Geschichte seines Prozesses und seiner Kerkerhaft in Bautzen erzählt. Darin steht zu lesen (es geht um die Urteilsverkündung wegen angeblicher konterrevolutionärer Konspiration):

«Die anwesenden Schriftsteller, von Anna Seghers, Willi Bredel bis Bodo Uhse, hatten sich an der Schreierei nicht beteiligt. Sie blieben stumm. Ihre Gesichter wurden fahl... Auch Heli Weigel, die Witwe von Brecht, die Janka ihre Sympathie durch Zuwinken bekundet hatte, war blass geworden. Betroffen sah sie vor sich hin. Dass sich keiner der hier versammelten Freunde von Lukács dazu aufschwang, gegen die unwahren Behauptungen zu protestieren, war die schlimmste Enttäuschung für Janka während des ganzen Prozesses. Anna Seghers blieb stumm.»

Wie man seit einigen Monaten weiss, schrieb sie unter dem Eindruck des brutalen Verfahrens an einer Novelle mit dem Titel *«Der gerechte Richter»*. Den Versuch, die Erzählung zu vollenden und zu publizieren, hat sie jedoch nicht gemacht. Jetzt ist der Text aus dem Nachlass, mehr als dreissig Jahre nach seiner Niederschrift, in eben dem Aufbau-Verlag erschienen, der auch die Zeitschrift *«ndl»* weiterführt. Unverkennbar ist, dass Anna Seghers den Prozess gegen Janka und andere zum Ausgangspunkt genommen hat. Aber ihre Hauptfigur ist jetzt ein junger und tüchtiger Jurist, der an der Schuld des Angeklagten mit guten Gründen zweifelt und sich weigert, aufgrund der Beschuldigungen durch Vorgesetzte und Mächtigere seine Anklage zu formulieren. Er besteht darauf, den Fall selbst zu untersuchen. Man setzt ihn ab, der Angeklagte wird durch einen willfährigen Richter nach den Weisungen von oben verurteilt und der *«gerechte Richter»* schliesslich auch noch verhaftet. Der Mann nun, der umstürzlerischer Umtriebe verdächtigt und zu schwerer Zwangsarbeit verurteilt wurde, trifft im Straflager auf den Juristen, der sich geweigert hat, den Anweisungen von oben blindlings zu folgen. Gasko, die Figur, die Janka nachgebildet sein könnte, hat einen Selbstmordversuch überlebt. Im Gefängnislazarett begegnen sich der alte Genosse und Spanierkämpfer und der gemassregelte Richter. Warum er seinem Leben ein Ende habe machen wollen, will dieser von Gasko wissen. Weil ihm geschehen sei, was ihm selbst in den schlimmsten Stunden im spanischen Bürgerkrieg, als alles verloren war, nie widerfahren sei: dass er die Hoffnung verlor. Denn jetzt und hier, da doch die *«Verwirklichung unseres Traumes»* gekommen sei, habe man ihn eingesperrt mit Räubern und Dieben, und bei dem Befehl, ihn einzusperren, gehorche der Nächsthohe dem Höheren. Wiederum also geht es in dieser posthum publizierten Novelle von Anna Seghers um Auflehnung und Widerstand gegen ungerechte und unmenschliche Ordnung. Aber da diese Ordnung durch die Allmacht der Partei repräsentiert wird, die diese Macht aufs schändlichste missbraucht, gerät die Dichterin in Widerspruch mit sich selbst. In der Novelle richtet sich die schon gebrochene Kraft des Helden im Glauben an die Utopie auf, die ihm sein Gesprächspartner und Leidensgenosse entgegenhält. Seit Stalins Schauprozessen bis zur Verurteilung von Walter Janka hat Anna Seghers die Entscheidungen und Massnahmen der Parteisekretäre und ihrer Paladine nie grund-

sätzlich in Frage gestellt, und darum ergibt sich — auch nach der Lektüre der Novelle vom gerechten Richter, die in die Verklärungen *«unserer Sache»* mündet — der Eindruck, selbst in dem, was Günther Rücker im Nachwort die *«humanistischen Traditionen»* nennt, sei diese vielgefeierte Schriftstellerin vielleicht nicht über Zweifel erhaben.

In diesem Nachwort ist ein Reflex wirksam, der verständlich, aber der Entfaltung des kritischen Gesprächs nach der Vereinigung hinderlich ist. So oft nämlich kritische Einwände gegen literarische Grössen der ehemaligen DDR vorgebracht werden, wird mit Sperrfeuer geantwortet, mit Empörung gegen Beleidigung und Verletzung, und es fallen dann Worte wie *«Hexenjagd»* und selbst *«Hinrichtung»*. Günther Rücker wendet sich in seinem Nachwort an einen durch seinen Zweifel fremd gewordenen jungen Freund und wirft ihm vor, er habe *«Bücherverbrennung»* im Sinn, er wolle nun gleich das gesamte Schaffen der Seghers ausmerzen. Die Überreaktion ist ungerechtfertigt, wenn auch verständlich, wenn man bedenkt, dass hier das geringste kritische Wort ein Tabu verletzt, das Tabu der Nationalpreisträgerin erster Klasse, des Stalin-Friedenspreises, der Johannes-R.-Becher-Medaille, des Karl-Marx-Ordens und der Ehrendoktorwürde der Universität Jena. Da man sich jedoch anschickt, nicht mehr von zwei deutschen Literaturen, sondern von einer gesamtdeutschen zu reden, sollte man auch hier der begründeten Kritik Raum geben im Vertrauen darauf, dass schliesslich Verständigung über den Gegenstand das Ziel sein müsste. Kurt Batt, ein urteilssicherer Kritiker und Lektor der DDR, ein verdienter Förderer ihrer Literatur, hat übrigens an den späten Romanen der Seghers auch einen Verlust an Sinnlichkeit und bunter Fülle des Lebens diagnostiziert. Ist das so weit entfernt von Urteilen wie *«Wirklichkeitsverlust»*, die in bezug auf diese Werke im Westen geäussert wurden?

Die Gründe für diese Entwicklung der Dichterin sucht man nicht zu unrecht darin, dass die engagierte Kommunistin nach der Gründung der DDR die gerechte und menschenwürdige Ordnung verwirklicht oder doch in Reichweite sah. Daher war Widerstand für sie fortan nur eine Sache der Vergangenheit. Über Vorgänge wie den Prozess gegen Janka sah sie hinweg, das waren vielleicht Fehler, die aber den Gang der Dinge nicht in Frage stellten. Und vielleicht waren es sogar Massnahmen, die nötig waren, um den Rückfall in frühere Zustände abzuwenden. Indem man dies alles erwägt, versagt man Anna Seghers noch nicht den Respekt, der ihrer Lebensleistung gebührt und vor allem ihrem Frühwerk, etwa der Erzählung *«Der Aufstand der Fischer von St. Barbara»* oder natürlich dem KZ-Roman *«Das siebte Kreuz»*.

Die Ansichten über literarische Kunstwerke lassen sich glücklicherweise nicht verordnen. Aber wenn der Fiktion von den zwei deutschen Literaturen das gesamtdeutsche Gespräch folgen soll, muss es erlaubt sein, die Dinge beim Namen zu nennen, ohne dass man sogleich verdächtigt wird, eine Kampagne starten zu wollen. Man hat nicht schon ein literarisches Autodafé im Sinn, wenn man die Freiheit der Kritik beansprucht, die ja nun auch in der Zeitschrift *«ndl»* walten soll.

Anton Krättli